

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Hauptausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm		
Datum 13.09.2018	Beginn 17:00 Uhr	Ende 18:56 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Kick, Hans-Werner
Schier, Klaus Peter
Tempel, Gabriele
Wapenhans, Detlef
Flüshöh, Oliver
Lenz, Heinz-Jürgen
Lusebrink, Hans-Otto
Müller, Michael
Rüttershoff, Heinz-Joachim
Schwunk, Michael

Vertretungen für Herrn Philipp
Vertretung für Frau Dr. Philipp
bis 18:45 Uhr - TOP B 2
Vertretung für Frau Sartor

Vertretung für Herrn Beckmann
ab 17:10 - TOP A 5

Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Feldmann, Jürgen
Burbulla, Johanna
Stutzenberger, Olaf
Bockelmann, Christian Dr.

ab 17:07 Uhr - TOP A 5

Vorsitzende

Grollmann, Gabriele

stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke Dr.

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Fröhlecke, Ramona
Guthier, Wilfried
Heringhaus, Petra
Lache, Wolfhard
Mollenkott, Marion
Peters, Hildegard
Rath, Christiane
Riemann, Anja
Rudolph, Heike
Schweinsberg, Ralf

Striebeck, Thomas

Schriftführer/in

Liebscher, Sybille

Abwesend:

Mitglieder

Philipp, Gerd
Philipp, Sylvia Dr.
Beckmann, Philipp J.

Vertretung durch Frau Tempel
Vertretung durch Herrn Wapenhans
Vertretung durch Herrn Schwunk

stellv. Vorsitzende

Sartor, Christiane

Vertretung durch Herrn Lenz

A Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|----|--|------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n | |
| 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 3 | Abberufung und Bestellung einer Schriftführerin | 145/2018/1 |
| 4 | Niederschrift zur Sitzung vom 14.06.2018 - Kenntnisnahme und Feststellung - | |
| 5 | Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung | |
| 6 | Mitteilungen | |
| 7 | Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates | |
| 8 | Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (GPA NRW) zu den Organisationsprojekten | |
| 9 | Ausschussumbesetzungen im Hauptausschuss, Schulausschuss, Sportausschuss und Wahlausschuss | 136/2018 |
| 10 | Personalwirtschaftskonzept | 122/2018 |
| 11 | Wiederwahl des 1. Beigeordneten | 135/2018 |
| 12 | Stellenplan 2019 | 132/2018 |
| 13 | Entwurf des Haushalts 2019 -Zahlenwerk- | 117/2018 |
| 14 | 29. FNP-Änderung (Bereich Zassenhaus-Gelände)
1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 und 4 BauGB
2. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB | 115/2018 |
| 15 | Benennung einer Erschließungsstraße im Bereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 66 "Bahnhof Loh" | 073/2018 |
| 16 | Erläuterung zur Einrichtung eines Haltverbotes in der Blücherstraße aus Anlass der probeweisen Öffnung der Diagonalsperre | 118/2018 |
| 17 | Internationale Gartenausstellung für das Ruhrgebiet 2027 | 111/2018 |

	- Herbeiführung eines Vorbehaltsbeschlusses für den Themenbereich "Unsere Gärten" (Radweg von Ruhr zur Wupper)	
18	Regionales Radwegenetz für die Metropolregion Ruhr - Stellungnahme der Stadt Schwelm im Beteiligungsverfahren	112/2018
19	Radweg unter dem Karst (Von Ruhr zur Wupper) - Darstellung der bisherigen Planungs- und Verhandlungsergebnisse - Beschlüsse für die weiteren erforderlichen Planungsschritte - Beschluss zur Etatisierung	113/2018
20	Antrag der SPD Fraktion vom 25.06.2018 (Verkehrsberuhigung Winterberger Straße) - Einbringung des Antrages in den Sitzungszug	119/2018
21	Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen bei den Haushaltsstellen 02.01.09.523200 und 02.01.10.523200	114/2018
22	Fördermaßnahme Sanierung kommunaler Einrichtungen 2018 – Projektauftrag 2018 SJK III (Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 Gemeindeordnung NRW)	154/2018
23	Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung	
24	Ausgetauschte Vorlage	
24.1	Bestellung einer Schriftführerin	145/2018
25	Abzusetzende Vorlagen	
25.1	Bebauungsplan Nr. 107 "Wohnquartier Prinzenstr./Sedanstr." 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) 2. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB 3. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB	108/2018
25.2	30. FNP-Änderung (Bereich Prinzenstr./Sedanstr.) 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) 2. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der	109/2018

Öffentlichkeit gemäß
§ 3 (1) BauGB
3. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden
und
sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1)
BauGB

25.3 Antrag der SPD Fraktion vom 06.08.2018 120/2018
(Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung)

- Einbringung des Antrages in den Sitzungszug

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Frau Bürgermeisterin Gabriele Grollmann begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Hauptausschusses und eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Im Anschluss stellt sie fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung geladen worden sei und Beschlussfähigkeit vorliege.

Zur Tagesordnung unterbreitet sie folgende Vorschläge:

- Ergänzung der Tagesordnung um TOP A 22 mit Vorlage 154/2018 - Fördermaßnahme Sanierung kommunaler Einrichtungen 2018 – Projektauftrag 2018 SJK III - Dringlichkeitsentscheidung durch den Hauptausschuss
- Absetzung der Tagesordnungspunkte A 14 und 15 mit den Vorlagen 108/2018 + 109/2018 zu dem Bereich Prinzenstraße / Sedanstraße
- Absetzung Tagesordnungspunkt A 21 mit Vorlage 120/2018 – Antrag der SPD-Fraktion auf Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung

Abstimmung über die vorgetragenen Änderungen der Tagesordnung:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	<input checked="" type="checkbox"/>
----------------------	-------------	-------------------------------------

3 Abberufung und Bestellung einer Schriftführerin 145/2018/1

Beschluss:

Frau Gina Runke wird als Schriftführerin für den Hauptausschuss abberufen und Frau Sybille Liebscher wird zur Schriftführerin für den Hauptausschuss bestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	<input checked="" type="checkbox"/>
----------------------	-------------	-------------------------------------

4 Niederschrift zur Sitzung vom 14.06.2018 - Kenntnisnahme und Feststellung -

Frau Grollmann teilt mit, dass die Niederschriften zu den Sitzungen vom 14.06.2018 und 03.05.2018 allen Mitgliedern des Hauptausschusses rechtzeitig zugeleitet und Einwände gegen Sie nicht vorgetragen worden seien.

Sie schlägt vor, die Kenntnisnahme der Niederschriften und das Nichtvorliegen von Einwänden gegen sie festzustellen und entsprechend zu protokollieren.

Gegen diesen Vorschlag wird kein Widerspruch erhoben.

Die Niederschrift wurde zur Kenntnis genommen und festgestellt, dass Einwände gegen sie nicht erhoben werden.

5 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

keine

6 Mitteilungen

Frau Grollmann teilt mit, dass die Stadt Schwelm für weitere zwei Jahre ihre Zertifizierung als Fair Trade Stadt erhalten habe.

Zur Thematik der Förderanträge (neu hinzugekommener Tagesordnungspunkt) führt sie aus, dass diese am 30.08.2018 fristgerecht gestellt worden seien.

Zum Thema Zentralisierung gibt sie bekannt, dass das Vergabeverfahren für den Generalplaner/ Projektsteuerer noch laufe. Am 10. Und 11. September 2018 habe sich die Politik gemeinsam mit der Verwaltung hierüber ausgetauscht.

Hinsichtlich der Anfrage der SPD-Fraktion zu der verzögerten Auszahlung der Aufwandsentschädigungen teilt Frau Grollmann mit, dass die Antwort der Verwaltung dem Protokoll beigelegt werde.

Zur Beantwortung der Beschwerde des Herrn Kranz bezüglich der Behinderten-Parkplätze führt Frau Fröhlecke als Vertreterin des zuständigen Fachbereiches aus, dass das Problem bislang noch nicht bekannt gewesen sei. Sie werde aber eine Kontrolle im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten veranlassen.

7 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates

Keine

8 Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (GPA NRW) zu den Organisationsprojekten

Frau Grollmann begrüßt Herrn Knuth von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA NRW).

Herr Knuth erläutert in einer Präsentation (**dem Protokoll beigelegt**) kurz die Rolle der GPA NRW als Prüforgan und als Beratungsorgan. Die GPA NRW begleite die Stadt Schwelm seit Jahren beratend als Stärkungspakt Kommune und erarbeite in diesem Zeitraum Handlungsempfehlungen, die teilweise umgesetzt wurden und noch werden.

Frau Grollmann bedankt sich für die Ausführungen und eröffnet die Möglichkeit für Rückfragen.

Herr Stutzenberger fragt, nach welchen Kriterien einzelne erreichte Werte gemessen wurden. Konkreten Bezug nimmt er hier auf den Grad der Mitarbeiterzufriedenheit. Weiter fragt er, wo konkret Einsparungen erreicht wurden.

Herr Knuth antwortet, dass er konkreten Bezug auf den Fachbereich 4 nehme. Hier habe es in der Vergangenheit eine Schnittstellenproblematik zwischen dem Fachbereich 4 und der verwaltungsinternen IT-Abteilung gegeben. Diese Schnittstelle konnte in konkreten Gesprächen analysiert und optimiert werden, was zu einer erhöhten Mitarbeiterzufriedenheit geführt habe.

Herr Schweinsberg berichtet ergänzend, dass der Beratungsprozess konkret im Bereich der Hilfen zur Erziehung monetär niedergeschlagen habe und es hier zu Verbesserungen im Haushalt gekommen sei.

Frau Peters, Fachbereichsleiterin Jugend & Soziales, bestätigt, dass die Mitarbeiterzufriedenheit gestiegen und man auf einem guten Weg sei.

Frau Grollmann ergänzt, dass auch die Neuanschaffung von Arbeitsmaterialien wie Headsets für die Verwaltung und Tablets für den Außendienst zu einer Steigerung der Mitarbeiterzufriedenheit und- motivation geführt habe. Weiter hätten auch gecoachte Teambildungsprozesse eine sehr gute Resonanz unter den Mitarbeitern gezeigt.

Herr Schweinsberg führt aus, dass sich der FB 4 nicht nur als erster Fachbereich auf den Weg gemacht, sondern auch von einer sehr guten Beratung durch die GPA NRW profitiert habe. Die nunmehr nachweislichen Kostensteigerungen im Bereich Jugendhilfe lägen deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 8%, ohne das es Einbußen in der Qualität gegeben habe. Damit habe der Fachbereich Jugend & Soziales wesentlich zur Haushaltskonsolidierung beigetragen.

Herr Schwunk fragt nach der Schnittstelle zwischen der Tochter Technische Betriebe Schwelm AöR und dem Fachbereich Immobilienmanagement.

Herr Knuth berichtet, dass es hier Beratungsempfehlung gewesen sei, eine Rahmenvereinbarung zwischen beiden Organisationen zu schließen. Diese bestehe schon in groben Zügen, bedarfe aber einer weiteren Ausgestaltung hinsichtlich der Beschreibung einzelner Leistungen. Verbunden sei hiermit auch die Regelung der Rechte und Pflichten. Eine Mustervereinbarung gebe es schon zu einem Bereich.

Frau Grollmann fügt ergänzend hinzu, dass die Mustervereinbarung nunmehr auf weitere Bereiche übertragen werden müsse. Wichtig hierbei seien die konkreten Beschreibungen der Leistungen und der Schnittstellen mit einer klaren Abgrenzung von Rechten, Pflichten und Verantwortlichkeiten.

Herr Schwunk hält eine Rahmenvereinbarung dem Grunde nach für sinnvoll und fragt, inwieweit es beabsichtigt sei, die Politik an der Erarbeitung zu beteiligen.

Herr Knuth berichtet, dass die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft BPG im Auftrag der GPA NRW eine Mustervereinbarung erarbeitet habe und aus seiner Sicht nichts dagegen spräche, diese der Politik zur Kenntnisnahme zu geben.

Frau Grollmann führt aus, dass die Erarbeitung der einzelnen Leistungsbeschreibungen neben dem Alltagsgeschäft entstünden und man sich hier eine Zeitschiene von einem Jahr gesetzt habe. Die Rahmenvereinbarung an sich würde nur von Nutzen sein, wenn sie mit Leben gefüllt werde.

Herr Gießwein geht davon aus, dass diese Rahmenvereinbarung und ihre Inhalte auch zukunftsweisend ausgearbeitet seien.

Herr Schweinsberg erläutert, dass der § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) bei den Überlegungen berücksichtigt wurde. Es gebe allerdings noch keine eindeutige Klarheit im Umgang mit dem §2b UStG, was auch die Meinung anderer Städte widerspiegele.

Er verweist darauf, dass dem Verwaltungsrat der TBS AöR hinsichtlich der Entwicklung der Gesetzeslage regelmäßig berichtet worden wäre, es jedoch derzeit noch keinen Sinn mache eine Vorlage für 2021 zu erstellen, bevor das Finanzministerium des Bundes keine konkrete Klarheit im Umgang mit dem §2b UStG bestimmt habe.

Herr Flüshöh fragt, ob es möglich sei, der Politik die Berichte der Beratung zur Verfügung zu stellen.

Herr Knuth führt aus, dass es keine Berichte in dem Sinne gebe und verweist auf die zusammenfassende Darstellung der Empfehlungen in seiner Präsentation.

Frau Grollmann bedankt sich bei Herrn Knuth für seine Ausführungen und wünscht ihm einen guten Heimweg.

**9 Ausschussumbesetzungen im Hauptausschuss,
Schulausschuss, Sportausschuss und
Wahlausschuss**

136/2018

Beschluss:

Die nachstehend aufgeführten Ausschussumbesetzungen werden beschlossen:

	bisher	neu	Funktion
HA	Dr. Sylvia Philipp	Detlef Wapenhans	o MG - SPD
	Detlef Wapenhans	Dr. Michaela Kaufmann	5. stv. MG - SPD
SchA	Doreen Grunewald	Anna Besa	1. stv. MG - SPD
SpA	Marcel Hammer	Saskia Jacqueline Schier	o MG – SPD
WahIA	Marcel Hammer	Rosemarie Kick	o MG – SPD

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	<input checked="" type="checkbox"/>
----------------------	-------------	-------------------------------------

NB: Bürgermeisterin

10 Personalwirtschaftskonzept

122/2018

Herr Lenz begrüßt die Ausweitung der Ausbildungsstellen und merkt an, dass man darauf achten sollte, kein Ausbildungszentrum für die umliegenden Kommunen zu werden. Vielmehr müssen Mittel und Wege gefunden werden, das ausgebildete Personal frühzeitig und langfristig an die Verwaltung zu binden.

Frau Grollmann bestätigt diese Aussage in vollem Umfang.

Herr Schwunk erkundigt sich, welche konkreten Anstrengung die Verwaltung unternahme, geeignetes Personal zu finden. Weiter hinterfragt er, welcher Anteil der Personalkosten mit gesetzlichen Aufgaben bzw. mit Aufgaben der Verwaltung verbunden sei.

Herr Schweinsberg beantwortet die Frage dahingehend, dass der Fachbereich 1 in der Erläuterung des nächsten Controllingberichtes hierzu Stellung nehmen werde.

Frau Riemann verweist auf die ausführliche Präsentation im letzten Hauptausschuss und den darin dargestellten Maßnahmen zur Stellenbesetzung im Bereich der Kindertagesstätten und Techniker/innen. Weiter verweist sie auf die ebenfalls dargestellte breite Veröffentlichung der Stellenanzeigen in Fachzeitschriften, Fachforen und hinsichtlich der Ausbildung auf die Beteiligung an Ausbildungsmessen.

Ergänzend weist Frau Heringhaus auf die Anlagen zum Personalwirtschaftskonzept und der konkreten Aufschlüsselung und Darstellung hin.

Herr Rüttershoff merkt an, dass die Rechnungsergebnisse des Personalkostenblockes B1 immer unter dem Ansatz liegen würden.

Frau Riemann erläutert, dass eine Prüfung der Veränderung der Ansätze stattgefunden habe, man sich aber weiterhin auf die finanzmathematischen Berechnungen des Gutachters verlasse, da die Berechnungsmethodik zum einen sehr kompliziert und zum anderen auch konkret vorgeschrieben sei. Daher benutze die Verwaltung weiterhin die Ergebnisse des finanzmathematischen Gutachtens und bringe diese zum jeweiligen Ansatz.

Die Nachfrage, ob der im Haushalt 2019 abgebildete Ansatz die gutachterliche Berechnung sei, bejaht Frau Heringhaus.

Kenntnisnahme

11 Wiederwahl des 1. Beigeordneten

135/2018

Beschluss:

Der 1. Beigeordnete Ralf Schweinsberg wird gemäß § 71 Abs. 1 der Gemeindeordnung NRW für eine zweite achtjährige Amtszeit vom 01.02.2019 bis 31.01.2027 als Beamter auf Zeit wiedergewählt und gemäß § 68 Abs. 1 GO NRW mit unverändertem Geschäftsbereich zum allgemeinen Vertreter der Bürgermeisterin bestellt.

Herr Schweinsberg wird in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 16 Landesbesoldungsgesetz eingewiesen und erhält eine Aufwandsentschädigung in Höhe von zwei Dritteln der Aufwandsentschädigung der Bürgermeisterin.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	15
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	1

Herr Rüttershoff war während der Abstimmung nicht anwesend.

12 Stellenplan 2019

132/2018

Der Stellenplan 2019 mit der Vorlage 132/2018 wurde zur Kenntnis genommen.

13 Entwurf des Haushalts 2019 -Zahlenwerk-

117/2018

Der Entwurf des Haushalts 2019 -Zahlenwerk- mit der Vorlage 117/2018 wird zur Kenntnis genommen.

- 14** **29. FNP-Änderung (Bereich Zassenhaus-Gelände)** **115/2018**
1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 und 4 BauGB
2. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB

Beschluss:

Beschlussempfehlung des AUS und Hauptausschusses an den Rat:

1. Gemäß § 2 Abs. 1 und 4 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) wird die Aufstellung der 29. Flächennutzungsplan-Änderung (Bereich Zassenhaus-Gelände) beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB, sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	14
	dagegen:	
	Enthaltungen:	3

Herr Feldmann war während der Abstimmung nicht anwesend.

- 15** **Benennung einer Erschließungsstraße im Bereich** **073/2018**
der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 66
"Bahnhof Loh"

Herr Feldmann führt aus, dass er auch an Persönlichkeiten wie Fritz Helling erinnern möchte, die zwar etwas umstritten seien, aber dennoch viel Gutes für Schwelm geleistet haben. Seiner Meinung nach sollten auch diese Persönlichkeiten bei zukünftigen Straßenbenennungen mit in Betracht gezogen werden.

Frau Dr. Hortolani verweist auf die bereits geführte Diskussion im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung, dass es eine Liste des Vereins für Heimatkunde gebe, die eine Reihe von Persönlichkeiten zur zukünftigen Benennung von Straßen beinhalte.

Die im Fachausschuss beschlossene Namensgebung resultiert auch daraus, dass der Weg zu einem Kindergarten führe und damit auch der Bezug zur namensgebenden Persönlichkeit hergestellt werde.

Beschluss:

Die im Bebauungsplangebiet „Bahnhof Loh“ dargestellte Planstraße MI erhält den Straßennamen „Martha-Kronenberg-Weg“.

Das Straßennamensschild soll ein Zusatzschild erhalten, auf dem die Lebensleistung dieser mutigen Schwelmer Bürgerin skizziert wird.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 16 Erläuterung zur Einrichtung eines Haltverbotes in der Blücherstraße aus Anlass der probeweisen Öffnung der Diagonalsperre 118/2018**

Kenntnis genommen

- 17 Internationale Gartenausstellung für das Ruhrgebiet 2027 - Herbeiführung eines Vorbehaltsbeschlusses für den Themenbereich "Unsere Gärten" (Radweg von Ruhr zur Wupper) 111/2018**

Frau Grollmann leitet ein, dass es der Verwaltung gelungen sei mit dem Projekt Radweg Bestandteil der Projektförderung der Internationalen Gartenausstellung (IGA) werden zu können. Hierfür werde aber dieser Vorratsbeschluss benötigt, um zu gegebener Zeit die Mittel auch abrufen zu können.

Herr Flüshöh steht dem Ganzen kritisch gegenüber und führt aus, dass es den Radweg so oder so geben werde, auch ohne Fördermittel. Er führt weiter aus, dass die Problematik darin bestehe, dass die IGA nicht ausfinanziert sei und erhebliche Pflege- und auch Nachhaltungskosten nach Beendigung der IGA auf die Kommunen zukommen würden.

Herr Kick erwidert, dass von den veranschlagten Kosten lediglich 43 % (46.000 €) auf den Ennepe-Ruhr-Kreis entfallen werden.

Herr Feldmann merkt an, dass er an der Stelle nicht über Finanzierungen reden möchte. Da habe es ganz andere Projekte gegeben, für die auch Mittel zur Verfügung gestellt worden seien. Vielmehr betont er, dass, wenn man einen Verkehrswechsel möchte, man rechtzeitig in genau solche Projekte einsteigen müsse.

Zu den Ausführungen des Herrn Kick erwidert Herr Flüshöh, dass die 46.000 € nur die veranschlagten Durchführungskosten darstellen. Wartungs- und Pflegekosten seien hier nicht berücksichtigt. Bezugnehmend auf die Wortmeldung des Herrn Feldmanns führt er aus, dass die Stadt Schwelm die Verkehrswende über den Radweg ohnehin bekäme.

Beschluss:

Der Vorschlag des Regionalverbands Ruhr zur Durchführung einer Internationalen Gartenausstellung im Jahr 2027 (IGA 2027) in der Metropole Ruhr wird begrüßt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	12
	dagegen:	
	Enthaltungen:	6

18 Regionales Radwegenetz für die Metropolregion 112/2018
Ruhr
- Stellungnahme der Stadt Schwelm im
Beteiligungsverfahren

Herr Feldmann zeigt sich erstaunt über die Radwegführung an einigen Stellen, insbesondere an der Obermauerstraße/ Winterberger Straße. Für ihn stelle diese keine optimale Lösung dar. Er bittet, seine Einwände zu beachten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schwelm stimmt grundsätzlich dem Entwurf vom 15.06.2018 des Regionalverbandes Ruhr (RVR) zur Weiterentwicklung des Regionalen Radwegenetzes Ruhrgebiet zu. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Antwort, versehen mit der in dieser Vorlage dargestellten Kommentierung, an den RVR zu senden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

19 Radweg unter dem Karst (Von Ruhr zur Wupper) 113/2018
- Darstellung der bisherigen Planungs- und
Verhandlungsergebnisse
- Beschlüsse für die weiteren erforderlichen
Planungsschritte
- Beschluss zur Etatisierung

Herr Lenz hält die vorliegende Vorlage für nicht ausgereift. Im Einzelnen vermisse er die Betriebskosten. Er bittet, zusätzlich zu den Investitionskosten auch ein Augenmerk auf die Betriebskosten zu richten.
Herr Schweinsberg sagt erste Zahlen für die nächste Ratssitzung zu.

Beschluss:

1. Die bisherigen Bestrebungen der Verwaltung, die Entwicklung einer Radwegeverbindung zwischen Schwelm und Gevelsberg betreffend, werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Vertrags- und Planungsschritte, wie in dieser Vorlage dargestellt, einzuleiten. Die finanziellen Auswirkungen sind im Etat 2019 ff. abzubilden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**20 Antrag der SPD Fraktion vom 25.06.2018
(Verkehrsberuhigung Winterberger Straße)
- Einbringung des Antrages in den Sitzungszug**

119/2018

Mit Aufruf des Tagungsordnungspunktes erkundigt sich Frau Grollmann bei dem Vorsitzenden des AUS nach eventuellen Ergänzungen zur Vorlage aus Sicht des Fachausschusses. Herr Schier verneint dies.

Herr Stutzenberger fragt, ob die Beruhigung der Winterberger Straße auch eine Beruhigung der Frankfurter Straße bedeute.

Herr Schweinsberg entgegnet, dass dies auch Thema in der Diskussion im Fachausschuss gewesen sei und im Ergebnis nicht erreicht werden wolle, den Verkehr in die Frankfurter Straße umzuleiten.

Herr Schwunk führt aus, dass die Stadt Schwelm nur eine Lösung hinsichtlich des Durchgangsverkehrs erziele, wenn die B 483n gebaut werde. Hier müsse eine einvernehmliche Lösung gefunden werden. Er bittet abschließend die Verwaltung, auf einen Bau der B 483n zu drängen. Die Ergänzung des Beschlussvorschlages begrüße er.

Herr Lenz bemerkt, dass es schwer sei, von verkehrsberuhigten Räumen zu sprechen, bevor die Maßnahmen nicht umgesetzt seien. Eine langfristige Verkehrswende könne man seiner Meinung nach anders betreiben als über die Behinderung von Verkehrsflüssen.

Herr Feldmann betont, dass man mit dem Neubau der B 483n mehr Verkehr nach Schwelm hole, nur an anderer Stelle. Jeder LKW-Fahrer begrüße die B 483n im Fall eines Staus auf der A1. Aus seiner Sicht verhindere man ein erhöhtes Verkehrsaufkommen nur damit, dass man den Individualverkehr unattraktiver gestalte. Damit verbunden sei für ihn die unbedingte Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Herr Schier macht deutlich, dass es um die Sicherheit der Kinder und der Jugendlichen zum jetzigen Zeitpunkt gehe und nicht erst in Zukunft. Es gebe hierzu entsprechende Vorschläge der Verwaltung. Diese seien jetzt zu prüfen und danach müsse man abwägen, was der Stadt Schwelm von Nutzen sei.

Frau Burbulla begrüßt die Ergänzung des Beschlussvorschlages, da die Lösung nicht sein könne, den Verkehr von einer Straße in eine andere umzuleiten.

Herrn Feldmann fragt sie, warum man mit der B 483n mehr Verkehr nach Schwelm anziehe. Tatsächlich ginge es hier um den Last- und Schwerlastverkehr, also den Firmenverkehr. Eine Zunahme des Individualverkehrs sehe sie an der Stelle nicht.

Herr Gießwein stellt dar, dass mit der Ergänzung des Beschlussvorschlages für ihn diese Vorlage jetzt zustimmungsfähig sei. Aus seiner Sicht gelte es, die Straße durch Geschwindigkeitsmessenanlagen und vermehrte Messungen unattraktiv zu machen. Er werde mit seiner Fraktion den Beschluss so tragen wie es der Fachausschuss vorgeschlagen habe.

Herr Dr. Bockelmann führt aus, dass die heutigen Navigationssysteme den LKW-Fahrern automatisch Alternativrouten anbieten, sobald sich auf ihrer Fahrstrecke ein erhöhtes Verkehrsaufkommen abzeichne. Möglicherweise solle man Einfluss auf die Hersteller der GPS Geräte nehmen, Schwelm nicht als Alternativroute anzubieten.

Frau Dr. Hortolani regt an, den Verkehrsfluss durch das vermehrte Aufstellen von Verkehrszeichen psychologisch zu beeinflussen. Sie bittet die Verwaltung um Prüfung der Durchführbarkeit.

Beschluss:

Die Verwaltung wird auf geeignete Maßnahmen zur Reduzierung der Verkehrsbelastung sowie Erhöhung der Sicherheit - insbesondere für Fußgänger - auf der Winterberger Straße unter Berücksichtigung der Verkehrslage der Frankfurter Straße und anderer durch die Stadt führenden Straßen hinwirken und hierzu Kontakt zu Straßen.NRW sowie ggf. weiteren zuständigen Behörden aufnehmen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

21 Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen bei den Haushaltsstellen 02.01.09.523200 und 02.01.10.523200

114/2018

Beschluss:

Bei der Haushaltsstelle 02.01.09.523200 - Erstattungen von Aufwendungen v. Dritten aus lfd. Verwaltungstätigkeit an Gemeinden (GV) - (Produkt Allgemeiner Rettungsdienst) werden für das HHJahr 2018 überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 27.910,00 Euro bewilligt. Die Deckung ist durch Mehrerträge bei der Haushaltsstelle 16.01.01.401300 -Gewerbsteuer - gewährleistet.

Bei der Haushaltsstelle 02.01.10.523200 - Erstattungen von Aufwendungen v. Dritten aus lfd. Verwaltungstätigkeit an Gemeinden (GV) - (Produkt Besonderer Rettungsdienst) werden für das HHJahr 2018 überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 20.385,00 Euro bewilligt. Die Deckung ist durch Mehrerträge bei der Haushaltsstelle 16.01.01.401300 - Gewerbesteuer – gewährleistet.

Die zurzeit noch gesperrten Mittel bei den beiden genannten Haushaltsstellen werden freigegeben.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

22 Fördermaßnahme Sanierung kommunaler Einrichtungen 2018 – Projektauftrag 2018 SJK III (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

154/2018

Beschluss:

Der Hauptausschuss billigt unter Hinweis auf § 60 Abs. 1 Satz 1 Gemeindeordnung NRW die Teilnahme der Stadt Schwelm mit den Projekten Entwicklung der Bäderlandschaft Schwelm und Entwicklung kulturelle Begegnungsstätte Haus Martfeld an der Fördermaßnahme Sanierung Kommunaler Einrichtungen 2018 – Projektauftrag 2018 SKJ III des Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) vom 31.07.2018.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

23 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Herr Stutzenberger erkundigt sich, ob eine Schließung des Hallenbades zur jetzigen Hauptnutzungszeit dringend erforderlich sei.

Herr Schweinsberg führt aus, dass durch Projekte wie z.B. Gute Schule 2020 die Handwerker in den Ferien so stark eingebunden gewesen seien, dass eine qualifizierte Fachfirma für die Ferien schwer zu beauftragen gewesen sei. Und bevor das Hallenbad im Winter geschlossen werden müsse, stelle der jetzige Zeitpunkt im Vergleich zum Winter den besser Gewählten dar.

Dr. Bockelmann berichtet, dass es konkrete Unmutsäußerungen zum Heimatfest zu einer DJ-Anlage gegeben habe, die mit einer unerträglichen Lautstärke von 55 Dezibel gespielt habe. Er bittet um eine Darstellung des Sachverhaltes mit einer detaillierten Historie der Verwaltungsentscheidung. Gleichzeitig fragt er an, wie die Verwaltung damit zukünftig umgehen werde, auch im Zuge der Gleichbehandlung zu anderen Schaustellern.

Frau Grollmann bietet mehr Aufklärung im nichtöffentlichen Sitzungsteil an. Hier im öffentlich Teil verweise sie auf die Stellungnahme der Verwaltung und führt darüber hinaus aus, dass der Stadt kein Antrag in jedweder Form seitens des DJ vorgelegen habe.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 17 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Unterschrift zur Sitzungsniederschrift

Schwelm, den 21.09.2018	Schriftführerin gez. Liebscher	Die Bürgermeisterin gez. Grollmann
-------------------------	--------------------------------------	--